

# Die Polarisierung der Gesellschaft

von Prof. Dr. Jürgen Kremer



Die erste Auflage von Helmut Creutz' Buch „Das Geldsyndrom“, [1], stammt aus dem Jahre 1993, der jüngste, ausgezeichnete Artikel des Autors zum Thema Umverteilung findet sich in der Ausgabe 5/2010 dieser Zeitschrift. Die in Buch und Artikel dargestellte Einsicht, dass Zinsen eine Vermögensumverteilung und ein Auseinanderdriften von Arm und Reich verursachen, hat mein eigenes Weltbild verändert – nachdem ich die Argumente nachvollzogen habe und die Schlussfolgerungen von Helmut Creutz teile. In die Volkswirtschaftslehre dagegen hat die Erkenntnis nicht Einzug gehalten.

Allerdings wird in den Mainstream-Medien mittlerweile verbreitet: Die Polarisierung der Gesellschaft nimmt zu. In einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) [3] aus 2009 heißt es:

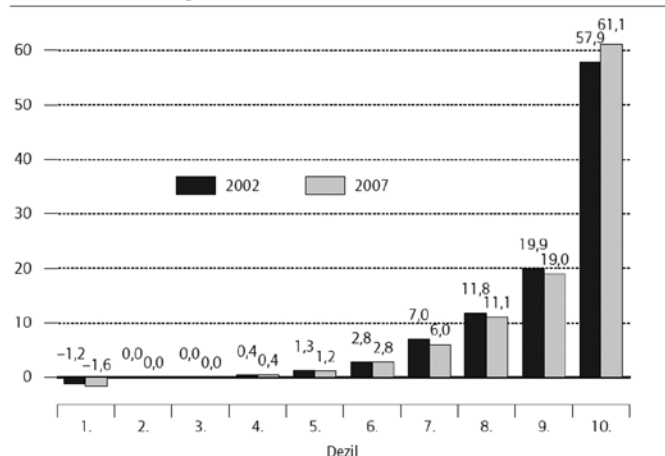
## Vermögensungleichheit nimmt weiter zu

Ordnet man die Personen nach der Höhe ihres Nettovermögens und teilt sie in zehn gleich große Gruppen (Dezile) ein, so zeigt sich, dass das reichste Zehntel 2007 über mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens verfügte (Abbildung 1). Darunter hielten die obersten fünf Prozent 46 Prozent und das oberste Prozent etwa 23 Prozent des gesamten Vermögens. Gegenüber dem Jahr 2002 hat die Konzentration der Nettovermögen im Top-Dezil weiter zugenommen, in allen

anderen Dezilen sind die entsprechenden Anteilswerte für 2007 dagegen niedriger. Mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung besaßen dagegen kein oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen. Die untersten 70 Prozent der nach dem Vermögen sortierten Bevölkerung haben einen Anteil am Gesamtvermögen von unter neun Prozent und damit rund 1,5 Prozentpunkte weniger als 2002.

## Individuelles<sup>1</sup> Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007

Anteil am Gesamtvermögen in Prozent



<sup>1</sup> Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP, Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 1: Individuelle Nettovermögen in Deutschland

Welche Konsequenzen werden empfohlen? Am Ende der Studie des DIW heißt es:

... Ein wichtiges Instrument (nationale Rahmenbedingung zur Beeinflussung der Vermögensverteilung in Deutschland, d. Verf.) ist dabei die zum 1. Januar 2009 reformierte Besteuerung von Erbschaften mit einer deutlichen Anhebung der Freibeträge, die eher zu einer weiteren Vermögenskonzentration führen dürfte. Ein neuerliches Überdenken dieser Regelungen wäre auch deshalb geboten, um das Prinzip der Chancengleichheit in Deutschland zu stärken, denn die Höhe der zu erwartenden Erbschaften wird maßgeblich von der sozialen Herkunft bestimmt. Mit der jetzt geltenden Erbschaft- und Schenkungsteuerregelung wird die sozialstrukturelle Vermögensungleichheit weiter konserviert. Die zunehmende Vermögensungleichheit dürfte auch zu steigender Ungleichheit bei den laufenden Einkommen führen. Mit der vom 1. Januar 2009 an geltenden Abgeltungsteuer werden Vermögenseinkommen pauschal nur noch mit einem Satz von 25 Prozent (plus Solidarzuschlag und eventueller Kirchensteuer) belastet, während nach alter Rechtslage der individuelle Steuersatz anzuwenden war. Ein hohes Vermögen geht in der Regel auch mit hohem Einkommen einher, so dass vermögende und damit oft auch einkommensstarke Gruppen besonders von dieser Reform profitieren werden.

In der Studie werden die Ursachen der Umverteilung nicht herausgearbeitet. Es wird jedoch festgestellt, dass aktuelle staatliche Reformen der Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungs-Besteuerung die Mitglieder der Gesellschaft mit hohem Vermögen steuerlich entlasten und damit die Vermögensungleichheit weiter konservieren, und es wird empfohlen, diese Reformen noch einmal zu überdenken.

## Die Polarisierung der Gesellschaft

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich etwa 80% der privaten Vermögen in Deutschland in den Händen von etwa 20% der wohlhabenden Haushalte befinden, Tendenz der Entwicklung zu weiterer Ungleichheit steigend. Die unteren 50% der Haushalte verfügen in Summe über kein Privatvermögen.

Bei der in Abbildung 1 dargestellten Verteilung wurden die aufsteigend sortierten Vermögen von jeweils 10% der Deutschen gemittelt in Gruppen von 1 bis 10 dargestellt. Da 10% in diesem Fall der mittlere Vermögensanteil ist, sehen wir, dass die Gruppen von 1 bis 7 unterdurchschnittlich am Gesamtvermögen teilhaben, die Gruppe 8 mit 11,1% ungefähr über das mittlere Vermögen verfügt und die beiden Gruppen 9 und 10 einen überdurchschnittlichen Anteil besitzen. Die vermögendste, zehnte Gruppe verfügt über etwa den sechsfachen Durchschnittsanteil, und die Gruppen 1 bis 7

müssen sich 8,8% des Gesamtvermögens teilen. Bei gleichmäßiger Aufteilung würde jede der unteren sieben Gruppen, jeweils 1.26% des Gesamtvermögens erhalten.

Welches Bild erhalten wir, wenn wir keine Gruppen bilden, sondern Einzelpersonen betrachten. Nach der DIW-Studie betrug im Jahr 2007 das mittlere Vermögen pro Erwachsenen 88.000 Euro. Das Vermögen des reichsten Deutschen wird auf etwa 17.5 Mrd. Euro geschätzt, und das ist beinahe das 200.000-fache des Durchschnittswertes. Diese Relationen können in einer Graphik nicht mehr übersichtlich dargestellt werden.

Was wir hier beobachten, ist die Transformation Deutschlands in einen monetären Feudalstaat. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen den Ärmsten und Reichsten sind exorbitant und werden zunehmend größer. Nach einer Studie des DIW, [4], hatten 61,5 Prozent der Deutschen Single-Haushalte in 2009 ein mittleres Nettoeinkommen zwischen 860 und 1844 Euro. Die Vermögenszuwächse der Reichsten im Land betragen dagegen über 1 Mrd. Euro



pro Jahr, und selbst ein außerordentlich hohes Jahreseinkommen von 10 Mio. Euro macht nur 1% dieser Summe aus. Der Eliteforscher Michael Hartmann stellt in [5] fest, dass im wesentlichen durch die Abschaffung der Vermögenssteuer durch die rot-grüne Bundesregierung während der Jahre 1998 bis 2002 die durchschnittliche Steuerbelastung der 40 reichsten Deutschen von 45% auf 32% gesenkt wurde. Bei den oberen 10% der Vermögenden waren die Reduktionen nicht ganz so stark, aber die auf diese Weise realisierten Steuererleichterungen sind mit vielstelligen Milliardenbeträgen erheblich und führten nicht nur zu nennenswerten Mindereinnahmen des Staates, sondern auch dazu, dass >

auf den Finanzmärkten große Mengen an Kapital für spekulative Investitionen verfügbar sind. Und genau das ist nach Hartmann eine der wesentlichen Ursachen der Finanzkrise.

### Es geht um mehr als nur um Gier

Michael Hartmann führt in [5] aus, dass als Begründungen für die aktuelle Finanzkrise üblicherweise zwei Ursachen angeführt würden: die Gier und das System. Gierig seien sowohl die Ein-Euro-Wühltisch-Konsumenten als auch die Finanzmarkt-Akteure, nur die Skala ihres Kapitaleinsatzes sei anders. Gier sei eine menschliche Eigenschaft, an der nichts zu ändern sei, so würde argumentiert. Ferner lebten wir nun einmal in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Es habe sich allen anderen Systemen als überlegen erwiesen, aber frei von Schwächen sei es nicht, und damit müssten wir eben leben, so hieße es.

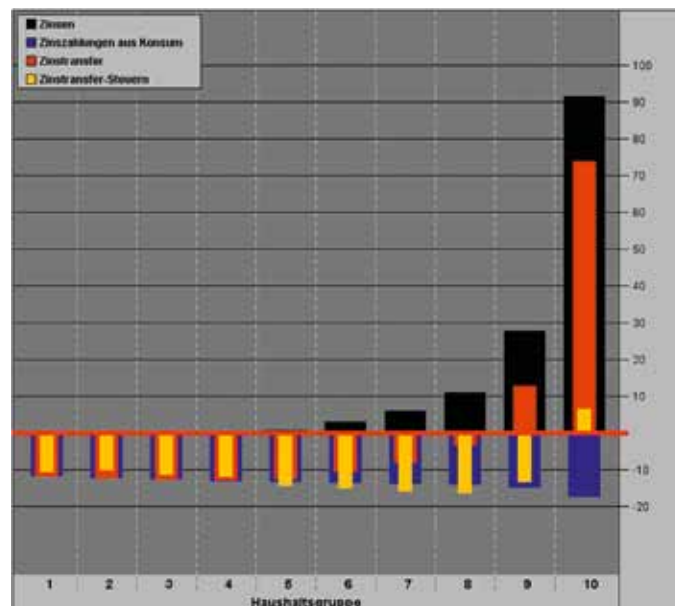
Niemand frage nach Interessen. Besonders brisant sei, dass die Polarisierung der Gesellschaft in den vergangenen 15 bis 20 Jahren durch politische Entscheidungen vorangetrieben wurde, wie etwa durch die oben bereits angesprochenen Reformen der Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer. Hartmann führt aus, dass einflussreiche Politiker, insbesondere die Minister der Kernministerien, zunehmend aus der Oberschicht der Gesellschaft stammten, also aus dem Milieu, das durch die jüngsten politischen Beschlüsse begünstigt wurde.

Bei Harald Wozniowski [10, 11] ist nachzulesen, dass einige der sehr Vermögenden im Land großzügig Parteispenden an diverse, nach landläufiger Auffassung konkurrierende, Parteien simultan vergeben. Diese Spenden dienen der Festigung und Stärkung unseres demokratischen Gemeinwesens? Das Verfolgen weitergehender Interessen kann nicht nachgewiesen werden.

### Der Mechanismus der Polarisierung

Analysieren wir den Mechanismus für das Auseinanderdriften der Vermögen, so stoßen wir unter anderem auf den Zins auf Geldvermögen, aber nicht nur auf ihn. Dem Anhäufen von Privatvermögen sind in Deutschland keine Grenzen gesetzt, und wer bereits über nennenswerte Geld- und/oder über gewinnbringende Sachvermögen verfügt, der kann die Zuwächse erneut anlegen und daraus wieder Gewinn ziehen. Man mache sich klar, dass Zinsgewinne und die Gewinne, die aus Sachvermögen resultieren, also Dividenden bei Unternehmensbeteiligungen oder Mieten und Pachten bei Immobilien- und Grundbesitz, nicht aus der Erwerbsarbeit des Eigentümers stammen, sondern von anderen Mitgliedern der Gesellschaft erwirtschaftet werden müssen. Eine genauere, auf der Modellierung in [6] aufbauende Un-

tersuchung zeigt, dass die daraus resultierende Umverteilung überaus mächtig ist und bei hohen Vermögen selbst die theoretischen, hohen Steuerlasten überkompensieren kann. Wird mit den Anfangsdaten für Vermögen, Einkommen und Konsum, die Helmut Creutz in seinem Artikel [2] zugrunde gelegt hat, eine entsprechende Simulation durchgeführt, so erhalten wir die in Abbildung 2 aufgeführten Ergebnisse, die wir qualitativ interpretieren.



**Abbildung 2:** Dynamische Analyse: Simulation einer Ökonomie mit den Anfangsdaten für Vermögen, Einkommen und Konsum von Helmut Creutz aus [2] unter Berücksichtigung progressiv steigender Steuern. Die unteren der modellierten 10 Gruppen wurden in dieser Simulation subventioniert, und die Einkommensteuersätze, die als Durchschnittswerte zu interpretieren sind, wurden sukzessive von -10% für die erste auf 40% für die zehnte Gruppe erhöht. Das Applet „Dynamic Analysis“, mit dem diese Simulation durchgeführt worden ist, finden Sie unter [7], wo Sie auch die Java-Quelltexte frei verfügbar herunterladen können.

Im folgenden nennen wir die Zinserträge auf Geldvermögen und die Erträge gewinnbringender Sachvermögen einfach Zinsen. Die schwarzen Balken in Abbildung 2 zeigen für jede Gruppe die Zinserträge an, die blauen die im Konsum enthaltenen Zinszahlungen. Die Differenzen „Zinserträge minus im Konsum enthaltene Zinszahlungen“, die wir Zinstransfer nennen, werden durch die roten Balken dargestellt. Wir sehen, dass die Gruppen 9 und 10 in Summe die Erträge erhalten, die die restlichen acht Gruppen zusammengenommen zahlen. Dies demonstriert die zinsbedingte Umverteilung der Vermögen von der Masse der Gesellschaft zu den oberen 20%. Wir sehen auch: Je höher die Kapitalerträge eines Haushalts sind, desto stärker wirkt der Umverteilungseffekt. Darüber hinaus zahlen alle Haushalte Steuern, und zwar progressiv, so dass die oberen Gruppen mit höheren Einkommensteuersätzen konfrontiert sind als die unteren. In der Simulation wurden für die unteren vier Gruppen sogar negative



Steuersätze angesetzt, was einer Subvention entspricht. Die gelben Balken stellen die Differenz zwischen Zinstransfer und Steuerzahlungen dar. Für die ersten neun Gruppen sind diese Zahlungen negativ. Alle diese Gruppen sind also Nettozahler, und die Zahlungen sind darüber hinaus für die ersten neun Gruppen von ähnlicher Größenordnung. Lediglich bei Gruppe 10 sind die Zahlungen positiv. Diese Gruppe der besonders Vermögenden zahlt alleine zwar über die Hälfte des gesamten Steueraufkommens, aber die Zinstransferzahlungen, die sie einnimmt, sind so hoch, dass diese Gruppe dennoch netto Zahlungen erhält. Während also die unteren Gruppen trotz Subventionierung einzahlen, empfängt Gruppe 10 trotz ihrer hohen Steuerlast insgesamt Zahlungen, die sich im Laufe der Zeit im Rahmen der Simulation sogar noch vergrößern. Dies zeigt, dass die wohlhabendste Gruppe sogar innerhalb eines progressiven Steuersystems, in dem sie den Großteil des Steueraufkommens alleine trägt, dennoch vom Rest und auf Kosten der Gesellschaft finanziert wird. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass die oberen Gruppen deutlich höhere Einkommen erzielen als die unteren, was die Polarisierung der Gesellschaft weiter ausprägt. Da diese Effekte selbstverstärkend sind, geraten wir zunehmend tiefer in die Krise, die wir zurzeit erleben. Die Volksvermögen sammeln sich bei einer kleinen Gruppe der sehr Vermögenden an, werden von der großen Mehrheit der Bürger finanziert und fehlen in deren Haushalten. Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheint eine Charakterisierung dieser gesellschaftlichen Zustände als monetärer Feudalismus treffend.

### **Schafe scheren, nicht das Fell über die Ohren ziehen**

Der Ökonom Bernd Raffelhüschen zitiert in einem Interview, [8], für die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, INSM, den Preußenkönig Friedrich den Großen mit den Worten: „Ein Landesherr soll seine Schafe scheren, ihnen jedoch nicht das Fell über die Ohren ziehen“. Das ist ein kluges Wort, aber Raffelhüschen bezieht es auf den Staat, der nach seiner Einschätzung mit überzogenen Steuer- und Abgabeforderungen die Wirtschaft lähmt. Es entsteht der Eindruck, als sei „der Staat“ eine Person, die „sich bereichert“, eine Art moderner Feudalherr. Sicher, unser Steuer- und Subventionssystem verteilt Vermögen um, Zinseszinsen und reinvestierte Gewinne aus Sachvermögen aber auch. Was ist insgesamt die Konsequenz? Letztlich lassen sich alle Vermögen natürlichen Personen zuordnen. Wer aber ist die Feudalklasse, die auf Kosten und längst zu Lasten der breiten Masse immer vermögender und einflussreicher wird. Michael Hartmann, Harald Wozniowski, die Studie des DIW und die oben angeführte Dynamische Analyse weisen nach, dass zu den Hauptprofiteuren staatlicher monetärer Reformmaßnahmen nicht in erster Linie „der Staat“ und die dort Beschäftigten gehören, sondern insbesondere

die oberen 10% der Vermögenden, die über 60% der Privatvermögen auf sich vereinigen. Von diesen oberen 10% wiederum wird insbesondere das obere Prozent und erst recht das oberste Promille begünstigt.

### **Wachstum und Konsolidierung der Haushalte – sich ausschließende Forderungen**

Viele Volkswirte und Politiker, insbesondere Oppositionspolitiker, beschwören das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und mahnen die Konsolidierung der Haushalte an. Wir verfügen aber über ein hohes Bruttoinlandsprodukt und von der Wertschöpfung, die mit unseren modernen, leistungsfähigen Industrieanlagen und mit der immer noch vergleichsweise günstigen Energieform Öl erwirtschaftet werden kann, würden alle gut leben können. Wir brauchen nicht mehr Wachstum, sondern wir benötigen Konzepte, wie wir mit einer Schrumpfung zurecht kommen werden, die aus der zu erwartenden Verknappung der Ressource Erdöl resultieren dürfte.

Was die Konsolidierung des Staatshaushalts anbelangt, so muss sich jeder vor Augen führen, dass alle angesparten Geldvermögen auf Grund unseres Mechanismus der kreditbasierten Geldschöpfung in gleich hohen Schulden resultieren. Die Bildung von Geldvermögen und das Anhäufen von Schulden sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wer also die Schulden in diesem Geldsystem reduzieren will, der muss die Geldvermögen reduzieren. Dieser Zusammenhang ist von größter Wichtigkeit und hat weitreichende Implikationen. Beispielsweise die, dass bei gegebenem Gesamtvermögen eine Schuldenreduzierung des Staates nur durch eine zusätzliche Erhöhung der Schulden der Privathaushalte oder der Unternehmen realisiert werden kann. Oder die, dass Wachstum, welches zusätzliche Investitionen und damit zusätzliche Schulden voraussetzt, nicht mit einer Konsolidierung der Haushalte vereinbar ist. Diesen Befund können wir so formulieren, dass die beiden wichtigsten, der Öffentlichkeit ständig vorgetragenen politischen Wirtschaftsziele nicht miteinander verträglich und daher grundsätzlich nicht erreichbar sind.

Die starke Konzentration der Vermögen bei einer kleinen Minderheit der Gesellschaft führt nicht nur zu schweren Wirtschaftskrisen. Sie ist auch unter Demokratie- und Machtkonzentrations-Gesichtspunkten abzulehnen.

### **Monopoly – das Spiel der Gesellschaft**

Um sich anschaulich klarzumachen, in welche Richtung eine Problemlösung entwickelt werden könnte, sollten wir uns an das Gesellschaftsspiel Monopoly erinnern, mit dem die meisten von uns eigene Spielerfahrungen gemacht ha-

ben dürften. Jeder weiß, dass bei diesem Spiel eine Ökonomie simuliert wird, die frei ist von staatlichen Zwängen, und wo für jeden die gleichen, transparenten Regeln auf freien Märkten gelten. Dennoch führen die Spielregeln zu einer Polarisierung der Ökonomie. Und dies, obwohl Zinsen auf Geldkapital bei Monopoly nur eine untergeordnete Rolle spielen und hier nicht der Motor der Vermögenskonzentration sind. Derjenige, der mehr Häuser oder gar Hotels bauen oder Bahnhöfe und Versorgungsbetriebe aufkaufen und entsprechende Mieten und Gebühren kassieren kann, wird dagegen auf Kosten der Mitspieler immer reicher – und gewinnt schließlich das Spiel. Wer seine Mitspieler noch ein wenig länger bei der Stange halten möchte, kann ihnen, außerhalb der offiziellen Spielregeln, Subventionen zukommen lassen.

Stellen Sie sich vor, in die Spielregeln von Monopoly würde ein Spieler „Staat“ eingeführt, der ein progressives, von den Mitspielern beeinflussbares Steuersystem verwaltet, das der Polarisierung entgegenwirkt. Was würde geschehen? Die Spieler, die verarmen und die, die im wahrsten Sinne des Wortes gerade noch über die Runden kommen, der Mittelstand, würden über die Belastungen klagen. Sie würden sich vielleicht zu Spielergewerkschaften zusammenschließen und mit deren Hilfe versuchen, ihre Abgaben zu redu-

zieren. Die Vermögenden dagegen sehen ihre ehrlich verdienten, den Spielregeln gemäß angesammelten Reichtümer geschröpft, und zwar durch das progressive Abgabensystem auf ungerechte Weise. Diese Mitspieler würden vielleicht Unternehmerverbände gründen, und die Kräfte, die in ihrem Sinne Einfluss auf das Steuersystem nehmen können, finanziell großzügig unterstützen. Und es gäbe möglicherweise Spielbeobachter, die sich Experten, Volkswirte oder gar Wirtschaftswissenschaftler nennen, die die Verarmung des Mittelstands auf lähmende Steuern und Abgaben zurückführen.

Das, was in unserer Gesellschaft geschieht, ist eine Analogie zu diesem Monopoly-Spiel. Die Spielregeln sind es, die den Spielverlauf maßgeblich bestimmen, und die Spieler, also wir alle, spielen mehr oder weniger erfolgreich mit. Es sind eher die Spielregeln, die dafür sorgen, dass der Mehrzahl der Spieler das Fell über die Ohren gezogen wird, als die Raffgier der erfolgreichen Spieler. Wenn wir die Monopoly-Spielregeln jedoch dahingehend modifizierten, dass den individuellen Maximalvermögen Grenzen gesetzt werden, dann würde die Polarisierung begrenzt, weil dem Kreislauf, dass durch Vermögenszuwächse neue Vermögen generiert werden können, Grenzen gesetzt werden.

### **Andere Regeln – anderer Spielverlauf**

Dieser im Zusammenhang mit dem Monopoly-Spiel dargestellte Vorschlag geht auf Harald Wozniowski zurück, siehe [9, 10, 11]. Er regt an, dass wir in unseren Gemeinwesen die Geld- und gewinnbringenden Sachvermögen, die natürliche Personen auf sich vereinigen dürfen, begrenzen. Dr. Wozniowski ist Jurist, und er schätzt eine solche Beschränkung, die in der Praxis möglicherweise durch eine spezielle Steuer umgesetzt werden könnte, als mit dem Grundgesetz vereinbar ein. Zusätzlich könnten wir die umverteilungswirksamen leistungslosen Zinsen, die sich in unseren per Kredit schöpfenden Giralgeldsystemen nicht mehr mit Konsumverzicht begründen lassen, minimieren. Die Freiwirtschaft schlägt hierzu die auf Silvio Gesell zurückgehende Umlaufsicherungsgebühr vor. Als Alternative stelle ich zur Diskussion, dass eine Staatsbank Kredite vergeben könnte, die außer Dienstleistungsgebühren und Risikoversicherungsprämien keinen leistungslosen Zinsanteil mehr enthält. Dann würden die übrigen Banken aus Arbitragegründen ebenfalls keinen leistungslosen Zinsanteil in ihren Krediten mehr fordern können und müssten sich anpassen.

Eine weitere Maßnahme könnte darin bestehen, dass wir die Einkommensspannen, die in Unternehmen maximal ausgezahlt werden dürfen, durch gesetzlich vorgegebene Faktoren begrenzen. Jedes Unternehmen kann seine Einkommenshöhen so festlegen, wie es will, aber derjenige, der am meisten erhält, darf nicht mehr als dreimal, oder zehnmal, soviel ein-



nehmen wie der, der am wenigsten erhält. Über die Höhe der Faktoren soll sich die Gemeinschaft auseinandersetzen und darüber, ob das maximale Vermögen, das eine natürliche Person auf sich vereinigen kann, der doppelte Durchschnittswert, der dreifache oder zehnfache der mittleren Vermögen pro Person oder pro Haushalt betragen soll.

Wo uns auch immer unsere Überlegungen hinführen, wir sollten die Realität verändern wollen, dass eine Krankenschwester über 400 Jahre lang arbeiten muss, um das Jahresgehalt eines Bankvorstands einer Großbank zu erhalten. Harald Wozniowski hat die Vermögenszuwächse der reichsten Deutschen auf Stundenlöhne umgerechnet und erhält für die 30 wohlhabendsten Landsleute für das Jahr 2008 Beträge zwischen 100.000 und 500.000 Euro, siehe auch [9]. Eine Krankenschwester bzw. ein Krankenpfleger verdiente in 2007 monatlich im öffentlichen Dienst im Westen zwischen 1850 und 2533 Euro und im Osten zwischen 1767 und 2419 Euro. Um den Stundenlohn des vermögendsten Deutschen von etwa 500.000 Euro zu verdienen, müsste eine mit 2533 Euro monatlich Spitzenverdienende Krankenschwester 16,45 Jahre arbeiten. Um den jährlichen Vermögenszuwachs von 1 Mrd. Euro des wohlhabendsten Bürgers zu verdienen, müsste die erwähnte Spitzenkraft 32.899 Jahre lang arbeiten, und als eigenes Vermögen hätte sie diesen Zuwachs nur dann verfügbar, wenn sie konsumverweigernd ausschließlich von Luft und Liebe leben würde und steuerhinterziehend ihre Bruttoeinkommen über die gesamte Zeit komplett zurücklegen könnte. Statistisch gesehen leben Frauen zwar länger als Männer, das aber schaffen sie nicht.

Bei allen Vorschlägen geht es weder um Sozialismus, Planwirtschaft oder um Gleichmacherei, sondern um die Vermeidung volkswirtschaftlich destruktiver Ausuferungen. Wir stehen auch nicht vor dem Problem angeblich fehlender Leistungsanreize. Zum einen sind die wichtigsten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Entwicklungen weniger einem Rendite- als vielmehr einem Erkenntnisstreben zu verdanken. Zum anderen stellt zumindest die von Harald Wozniowski vorgeschlagene Vermögensobergrenze von 50 Millionen Euro nicht unbedingt eine Zumutung dar. Dass eine Persönlichkeit, die bei dieser Beschränkung keinen Leistungsanreiz mehr empfindet, im Ausland ihr Glück sucht, sollten wir vielleicht weniger als Gefahr denn als Segen betrachten.

Es geht darum, dass wir uns für eine Reformierung der gesellschaftlichen Spielregeln zum Wohle der Gesellschaft einsetzen. Es liegt in der Natur der Sache, dass diejenigen Kräfte, die in erster Linie von der bestehenden Ordnung profitieren, auch diejenigen sind, die über die Macht zur Veränderung verfügen. Aber ich gehe davon aus, dass auch die Mehrzahl der Persönlichkeiten in diesen Kreisen dieses Land vor einem Versinken in die Krise bewahren möchte. Daher ist es

umso wichtiger, dass wir uns verstärkt mit volkswirtschaftlichen Fragestellungen auseinandersetzen.

Wir, die Autoren und Leser der Zeitschrift Humane Wirtschaft tragen dazu bei, denke ich, dass eine derartige Auseinandersetzung stattfindet und dass sich das Verständnis ökonomischer Zusammenhänge bei uns selbst und in der Bevölkerung weiter entwickelt. Dies ist eine notwendige Voraussetzung dafür, um fundierte Änderungsvorschläge vorbringen, ja auch nur sinnvoll diskutieren zu können. Hinreichend ist sie nicht. ■

## Literatur

- [1] Creutz H. (2003). Das Geldsyndrom, 5. Auflage, Wissenschaftsverlag Aachen.
- [2] Creutz H. (2010). Armut und Reichtum driften auseinander – Die Rolle der zinsbedingten Umverteilung, Humane Wirtschaft 5 - 2010.
- [3] Frick J. R., Grabka M. M. (2009). Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, Studie DIW, [www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.93785.de/09-4-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.93785.de/09-4-1.pdf)
- [4] Pressemitteilung DIW (2010). Einkommensentwicklung in Deutschland: Die Mittelschicht verliert, [http://www.diw.de/de/diw\\_01.c.357516.de/themen\\_nachrichten/einkommensentwicklung\\_in\\_deutschland\\_die\\_mittelschicht\\_verliert.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.357516.de/themen_nachrichten/einkommensentwicklung_in_deutschland_die_mittelschicht_verliert.html)
- [5] Hartmann M. (2010). Es geht um mehr als nur um Gier – Die sozialen Ursachen der Finanzkrise, SWR2 AULA - Manuskriptdienst.
- [6] Kremer J. (2009). Dynamic Analysis - Investigating the long-term behaviour of Economies, [http://www.rheinahr-campus.de/fileadmin/prof\\_seiten/kremer/DynamicAnalysis.pdf](http://www.rheinahr-campus.de/fileadmin/prof_seiten/kremer/DynamicAnalysis.pdf)
- [7] Kremer, J. (2010). Applet Dynamic Analysis. [http://www.rheinahr-campus.de/fileadmin/prof\\_seiten/kremer/applets/DynamicAnalysis/AppletDynamicAnalysis.html](http://www.rheinahr-campus.de/fileadmin/prof_seiten/kremer/applets/DynamicAnalysis/AppletDynamicAnalysis.html)
- [8] Raffelhüschen B. (2009). Wie viel Geld darf der Staat von seinen Bürgern kassieren?, Interview der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft mit Bernd Raffelhüschen, [http://archiv.insm.de/Presse/Interviews/Interviews/Interview\\_mit\\_Bernd\\_Raffelhueschen\\_\\_Wie\\_viel\\_Geld\\_darf\\_der\\_Staat\\_von\\_seinen\\_Buergern\\_kassieren\\_.html](http://archiv.insm.de/Presse/Interviews/Interviews/Interview_mit_Bernd_Raffelhueschen__Wie_viel_Geld_darf_der_Staat_von_seinen_Buergern_kassieren_.html)
- [9] Wozniowski H. (2004). Wir leben in einem großen Monopoly-spiel. Humane Wirtschaft Mai/Juni 2004.
- [10] Wozniowski H. (2007). Wie der Nil in der Wüste. Books on Demand GmbH, Norderstedt.
- [11] Wozniowski H. (2009). Wie der Nil in der Wüste, Ergänzungsband. Books on Demand GmbH, Norderstedt.

**HUMANE**  
WIRTSCHAFT

**Zum Autor**  
Prof. Dr. Jürgen Kremer



Studiengangsleiter Wirtschaftsmathematik

<http://www.rheinahr-campus.de/Prof-Dr-Juergen-Kremer.284.0.html>

[Kremer@RheinAhrCampus.de](mailto:Kremer@RheinAhrCampus.de)